- Höhergruppierung der Werk­tätigen entsprechend der erworbenen höheren Qualifikation, die für die Anwendung der neuen Technik erforderlich ist;
- Erhöhung der leistungsabhängigen Prämien in den Lohnformen, wenn die Werk­tätigen nach TAN arbeiten, die qualitativen Leistungskennziffern überbieten und die neue Technik mehrschichtig nutzen.
Dabei ist zu sichern, daß vorhandene Disproportionen in den Eifektivlöhnen nicht vergrößert werden;
- Erhöhung der Prämien der Werk­tätigen, die im Prämienzeitlohn in Schwerpunktbereichen arbeiten (z. B. Werkzeug-, Vorrichtungs-, Musterbau).

Die Leiter der zentralen staatlichen Organe sind berechtigt, gemeinsam mit den Industriegewerkschaften bzw. Gewerkschaften die in den Rahmenkollektivverträgen enthaltene Prämienbegrenzung für Prämienzeitlöhner, die maßgeblich an der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, an der Steigerung der Arbeitsproduktivität und Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse beteiligt sind, neu festzulegen. Der geplante Lohnfonds ist einzuhalten. *1

Beschluß **über die Bildung und Verwendung** **des einheitlichen Prämienfonds in den volkseigenen** **und ihnen gleichgestellten Betrieben der Industrie** **und des Bauwesens und in den VVB im Jahre 1964.**

— Auszug —

Vom 30. Januar 1964

1. Die Grundsätze für die Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der Industrie und des Bauwesens und in den VVB für das Jahr 1964 (Anlage) werden in Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand des FDGB bestätigt.
2. Der Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates und der Minister für Bauwesen werden beauftragt zu veranlassen, daß bis zum 15. Februar 1964 entsprechend dieser Grundsätze in Übereinstimmung mit den zuständigen Zentralvorständen der Industriegewerkschaft/Gewerkschaft konkrete Anweisungen für die einzelnen Industriezweige erlassen werden.

In den Anweisungen sind zu regeln:

- die für die Zuführungen zum Prämienfonds in Anwendung kommende Hauptkennziffer, wobei vom Gewinn als Hauptkennziffer nur dann abgewichen werden kann, wenn eine andere Kennziffer die volkswirtschaftliche Leistung der Zweige und Betriebe besser zum Ausdruck bringt;
- welche zusätzlichen Kennziffern neben der Hauptkennziffer für den jeweiligen Industriezweig anzuwenden sind;
- die Festlegung der Staatsplanpositionen bzw. der Haupterzeugnisse, die bei Überbietung der Hauptkennziffer mindestens einzuhalten sind;

- die Staffe­lung für die Zuführungen bis zur vollen Erfüllung der Hauptkennziffer einschließlich der festzulegenden Minderungen für die Nichterfüllung der zusätzlichen Kennziffern;
- die Festlegung von Zuführungssätzen, soweit die Grundsätze hierfür nur von-bis-Sätze enthalten, und die Festlegung einer Maximalbegrenzung im Rahmen der in den Grundsätzen enthaltenen Maximalbegrenzung bzw. die Festlegung einer Maximalbegrenzung entsprechend der bisherigen Regelung für die Betriebe des Bauwesens; •
- die Zeiträume für die Zuführungen zum einheitlichen Prämienfonds.

Diese Anweisungen gelten auch für die örtlich geleiteten Betriebe der Industrie und des Bauwesens.

Sofern in den zu erlassenden Anweisungen von der Hauptkennziffer Gewinn abgewichen werden soll, ist der Minister der Finanzen unter Vorlage der ökonomischen und finanziellen Auswirkungen zu informieren.

3. Der Minister für Bauwesen, die Leiter der Industrieabteilungen des Volkswirtschaftsrates, die Generaldirektoren der VVB und die Vorsitzenden der Wirtschaftsräte der Bezirke haben zu sichern, daß die Prämienordnungen der VVB und Betriebe diesen Grundsätzen entsprechen.
4. Für die übrigen Bereiche der volkseigenen Wirtschaft, die zum Geltungsbereich der Vierten Verordnung vom 11. Februar 1960 über den Betriebsprämienfonds sowie den Kultur- und Sozialfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben (GBl. I S. 114) gehören, haben die Leiter der zuständigen zentralen Staatsorgane in Übereinstimmung mit den zuständigen Zentralvorständen der Industriegewerkschaft, Gewerkschaft zu überprüfen und festzulegen, wie diese Grundsätze in ihrem Bereich anzuwenden sind.
Über die zu erlassenden Regelungen ist der Minister der Finanzen unter Vorlage der ökonomischen und finanziellen Auswirkungen zu informieren.

Termin: 15. Februar 1964

5. Auf Großbaustellen ist ein Komplex-Prämienfonds zu bilden. Die hierunter fallenden Großbaustellen — die in der Nomenklatur der wichtigsten Bauvorhaben des Staatsplanes enthalten sein müssen — sind zu Beginn eines jeden Jahres vom Minister für Bauwesen in Übereinstimmung mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und dem Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrates zu bestätigen.

Dem Komplex-Prämienfonds sind zuzuführen:

- a) Mittel aus den Prämienfonds aller am Investitionsvorhaben beteiligten Betriebe gemäß Abschnitt III Ziff. 5 Buchst. c der Grundsätze über die Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds;
- b) die dem Minister für Bauwesen zur Verfügung stehenden Mittel für die Zahlung von Leistungsprämien.
Die Höhe dieser Zuführungen ist für die einzelnen Großbaustellen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel vom Minister für Bauwesen entsprechend den bisherigen Grundsätzen festzulegen.